



Foto: privat

Fraktion Die Linke-Die PARTEI-PDS in der 7. Wahlperiode des Kreistages Teltow-Fläming: Felix Thier, Dr. Rüdiger Prasse, Doreen Schulze, Annekathrin Loy, Angelika Linke, Maritta Böttcher, Vize-Landrätin und Erste Beigeordnete Kirsten Gurske (parteilos), Landrätin Kornelia Wehlan (Die Linke) (v. l. n. r.)

Teltow-Fläming – **Kreistag nimmt Arbeit auf**

Im 7. Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming bilden Maritta Böttcher (Die Linke, Fraktionsvorsitzende), Angelika Linke (Die Linke), Annekathrin Loy (Die Linke), Dr. Rüdiger Prasse (Die PARTEI-PDS), Doreen Schulze (Die Linke, parteilos) und Felix Thier (Die Linke, Fraktionsvorsitzender) die Fraktion Die Linke-Die PARTEI-PDS.

Am 8. Juli kam der Kreistag zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Die erste Sitzung eines neu gewählten Parlamentes wird immer vom an Lebensjahren ältesten Mitglied eröffnet. Für diese Wahlperiode ist dies unser Fraktionsmitglied Angelika Linke.

In der Sitzung berichtete die Kreiswahlleitung über die jüngste Wahl. Es gab keine Wahleinsprüche, der jüngste Kandidat war 19 Jahre alt, der älteste Kandidat 86. Das jüngste Kreistagsmitglied ist 26 Jahre alt, das älteste 75 Jahre. Von den in den Kreistag Gewählten haben sechs auf ihr Mandat verzichtet, sodass Nachrückende deren Platz einnahmen.

Wahl des Kreistagspräsidiums

Der alte Vorsitzende soll der neue sein: Danny Eichelbaum (CDU) erhielt in der geheimen Wahl von 51 abgegebenen Stimmen 39 Ja-Stim-

men und zwölf Nein-Stimmen. Die 1. Stellvertreterin ist Odette Brosig aus der Fraktion SPD/Grüne. Sie bekam von 51 abgegebenen Stimmen 32 Ja- und 19 Nein-Stimmen. Für den 2. stellvertretenden Vorsitzenden kandidierte Daniel Freiherr von Lützow (AfD). Er bekam von 51 abgegebenen Stimmen 19 Ja-Stimmen und 31 Nein-Stimmen, eine Stimme war ungültig. Der Kandidat erhielt damit nicht die nötige Mehrheit und es fand kein weiterer Wahlgang statt. Zur nächsten Kreistagssitzung können neue Kandidierende für den Posten vorgeschlagen werden.

Ausschüsse gebildet

Im Kreisausschuss ist unsere Fraktion mit einem Sitz vertreten, die Aufgabe übernimmt Felix Thier. Bei den Fachausschüssen bleibt thematisch alles, wie gehabt:

- Haushalts- und Finanzausschuss, Vorsitz SPD/Grüne, für uns ist Felix Thier im Ausschuss.
 - Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt, Vorsitz AfD, für uns ist Dr. Rüdiger Prasse im Ausschuss.
 - Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung, Vorsitz AfD, für uns ist Doreen Schulze im Ausschuss.
 - Wirtschaftsausschuss, Vorsitz BVB/Freeie Wähler, für uns ist dort Annekathrin Loy im Ausschuss.
 - Ausschuss für Gesundheit und Soziales, Vorsitz durch Maritta Böttcher aus unserer Fraktion.
 - Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport, Vorsitz CDU/BV/VUB/FDP, für uns ist Angelika Linke im Ausschuss.
 - Rechnungsprüfungsausschuss, Vorsitz CDU/BV/VUB/FDP, für uns ist Felix Thier im Ausschuss.
- Alle weiteren durch den Kreistag zu besetzenden Gremien werden auf einer kommenden Sitzung aufgerufen.

Felix Thier, Luckenwalde,
Fraktionsvorsitzender



Foto: F. Thier

Eröffnete die 1. Sitzung des neuen Kreistages:
Angelika Linke von der Linken (r.), neben ihr
Landrätin Kornelia Wehlan.

Kreistag – Interview zum Start der Wahlperiode



Foto: Johannes Klemm

Kornelia Wehlan (l.) und Felix Thier

Der 7. Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming hat nach der Kommunalwahl vom 9. Juni seine Arbeit aufgenommen. Die erste Sitzung war am 8. Juli. Die Redaktion bat Landrätin Kornelia Wehlan (Die Linke) und den Vorsitzenden der Fraktion Die Linke-Die PARTEI-PDS, Felix Thier, um ein Interview.

Redaktion: Liebe Konni, lieber Felix, was sind Erwartungen an die neue Wahlperiode?

Kornelia Wehlan: Dass es auch weiterhin möglich ist, im Kreistag Sachpolitik zu machen. Dafür haben wir in den letzten Jahren gute Grundlagen gelegt und in unserem Leitbild »Miteinander leben und die Zukunft nachhaltig gestalten« die wichtigen Handlungsschwerpunkte für eine erfolgreiche Entwicklung des Landkreises herausgearbeitet. Verwaltung und Kreistag sind zwei Seiten einer Medaille. Es geht nur im Miteinander und natürlich heißt das auch Auseinandersetzung, aber in der Sache und im Suchen um den besten Weg ... Bei allen Entscheidungen ist zu bedenken, dass es immer um die Menschen in Teltow-Fläming geht. Bürgerinteressen über Parteiinteressen hat für mich heute an Aktualität eher zugenommen.

Felix Thier: Ich möchte Gemeinde- und Stadtpolitik gut mit der Kreistagspolitik zueinander bringen. Die unterschiedlichen Aufgaben, ob Grundschule oder Gymnasium, ob Kita oder Rettungsdienst, ob Bauhof oder ÖPNV dienen denselben Menschen in unseren Orten – egal, ob vom Kreis oder Stadt verantwortet. Die Kreisumlage ist mir zu sehr Zankapfel als ein verbindendes Element, um uns gemeinsam gut aufzustellen. Hier gilt es zu differenzieren und abzuwägen – ja, aber das Wohl des einen darf nicht zu Lasten des anderen gehen. Ich muss in meiner Entscheidung berücksichtigen, dass

die Kreisumlage eine Fehlbetragsfinanzierung ist, gebraucht wird, um den Landkreis mit all seinen Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger am Laufen zu halten. Leider auch, weil Bund und Land Aufgaben an die Kreise geben und diese nicht ausfinanzieren.

Gleichermaßen wird jedes Prozent, was im Stadtsäckel bleibt, für die Aufgaben der Daseinsvorsorge hier vor Ort gebraucht. Priorität hat deshalb für mich, von den Widersprüchen der Kommunen zur Kreisumlage wegzukommen. Es sollte jedem klar sein, dass die 70 Millionen Euro, die durch die Widersprüche gebunden sind, der Handlungsfähigkeit des Landkreises und damit allen Kommunen fehlen.

Die Kreisumlage ist ein gutes Stichwort, da sie zum Haushalt des Landkreises gehört. Damit kommen wir auf die vom Kämmerer verhängte Haushaltsperre zu sprechen. Wie sieht es da aus, wie geht es weiter?

Kornelia Wehlan: Im Zuge der Hochrechnung des Mittelabflusses I. Quartal 2024 wurde dem Kämmerer bekannt, dass sich das Planergebnis des Ergebnishaushalts zum Jahresende 2024 in der Prognose wesentlich verschlechtert. Anstatt des ursprünglich geplanten Gesamtüberschusses in Höhe von 602.000 Euro ist derzeit ein Gesamtfehlbetrag in Höhe von 18,48 Millionen Euro prognostiziert. Dieser Betrag ist nicht aus der Portokasse zu leisten und zeigt ein strukturelles Defizit.

Der Deutsche Landkreistag hat am 8. Mai 2024 nach der Sitzung des Präsidiums im Landkreis Oberspreewald-Lausitz auf die schwierige Finanzsituation der Landkreise hingewiesen: »Die Lage der Kreisfinanzen ist mit einem Defizit von ca. zwei Milliarden Euro (Anmerkung: Defizit in 2023) ebenso besorgniserregend und bleibt es selbst nach den Prognosen des Bundesfinanzministeriums auch für die kommenden Jahre.«

Als wesentlicher Kostentreiber bei den Landkreisen wurden die Sozialausgaben benannt, die zu 80 Prozent aus den Kreishaushalten gestemmt werden müssen. Die größten Abweichungen liegen im Jugend- und Sozialhilfebereich sowie beim

Jobcenter, welche einen Großteil der Mehraufwendungen prognostizieren, ohne durch Mehrerträge eine Deckung zu erzielen. Im Jugendbereich sind höhere Personalkosten in den Kindertagesstätten sowie Kosten für die Inobhutnahme höher ausgefallen, als ursprünglich im Plan berücksichtigt. Im Sozialbereich sind steigende Antragszahlen zu beobachten. Dies betrifft unter anderem die Bereiche Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Leistungen zur Beschäftigung in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen sowie in der häuslichen Pflegehilfe.

Für die Menschen, die über das Jobcenter betreut werden, sind für das hohe prognostizierte Defizit gestiegene Preise für Mieten und Mietnebenkosten (Kosten der Unterkunft), die ja aus dem Kreishaushalt kommen, aber auch höhere Gesundheitskosten sowie steigende Fallzahlen, ausschlaggebend. Für das Defizit bei den Kosten der Unterkunft ist maßgeblich, dass der Bund beim Flüchtlingsgipfel am 7. November 2023 nicht bereit war, die Landkreise bei der Unterbringung der Geflüchteten nicht nur anteilig, sondern zu 100 Prozent zu unterstützen. Die Kosten der Unterkunft für Bedürftige sind allein in den letzten fünf Jahren für den Landkreis um rund fünf Millionen Euro gestiegen. Der Kämmerer hat mit der Haushaltsperre die Notbremse gezogen und alle Fachämter aufgefordert, ihre Prognosen zu überprüfen und Einsparpotentiale aufzuzeigen. Sofern mit der Haushaltssperre nicht der gewünschte Erfolg erreicht werden kann, wird der Erlass einer Nachtragsatzung bzw. eines Haushaltssicherungskonzepts unumgänglich sein.

Felix Thier: Zur Wahrheit gehört ebenso, dass dem Landkreis drei Millionen Euro aus dem Brandenburg-Paket fehlen. Gegen das Brandenburg-Paket hatte die AfD erfolgreich geklagt ...

Überall im Landkreis stehen Sozialwohnungen und bezahlbarer Wohnraum kaum oder nicht mehr zur Verfügung, die Lasten für den Kreishaushalt werden dadurch immer größer. Die 440.000 Sozialwohnungen, die der Bund bis 2025 bauen wollte, sind eine Farce. Und das drückt zusätzlich auf den Wohnungs- und vor allem Mietmarkt. Das spürt man nicht nur im Speckgürtel, sondern die Mieten sind auch im

Süden und noch mehr im Speckgürtel gewachsen. Erstaussstattungen von Wohnungen werden ebenfalls teurer und landen für Bedürftige im Kreishaushalt.

Vieles ist teurer geworden. Wir alle merken das an den Preisen im Einzelhandel.

Im Februar hatte der Kreistag erst den Haushalt 2024 beschlossen, alles sah so weit gut aus. Warum ist das nun, nur wenige Monate später, alles anders?

Felix Thier: Dazu vorab: Wenn sich an der kommunalen Finanzausstattung nicht grundsätzlich etwas ändert, werden immer mehr Landkreise, Gemeinden und Städte in finanzielle Notlagen geraten. Und ja, hier vermittelt sich meines Erachtens deutlich auch der Druck auf die Höhe der Kreisumlage. In den letzten drei Jahren hatte der Landkreis seinen Haushalt schon mit einem Defizit geplant, durch Rücklagen aber gepuffert – was durch aufgebrauchte Rücklagen nun nicht mehr möglich ist. Dieser Druck wurde unter positiveren Annahmen wie Job-Motor und Flüchtlingsgipfel auf den Haushalt gelegt. Und hierbei waren insbesondere der Jugend- und Sozialbereich belastet.

Kornelia Wehlan: Die finanzielle Lage brandenburgischer Kommunen und auch die des Landkreises Teltow-Fläming zeigte sich zumindest bis in das Haushaltsjahr 2022 noch sehr robust. Zunehmend lässt sich aber eine steigende Schwankung sowohl der Erträge als auch der Aufwendungen beobachten. Mit Blick auf die zunehmende Eintrübung der Konjunktur, absehbar sinkende Steuereinnahmen auf allen staatlichen Ebenen, steigende Kosten in vielen Bereichen und die Folgen des kommunalen Tarifabschlusses, wurde bereits im Vorbericht zum Haushaltsplan 2024 eingeschätzt, dass sich die Perspektiven für die Kommunalhaushalte tendenziell verschlechtern werden. Der Flüchtlingsgipfel des Bundes und der Länder Ende 2023 brachte eine Einigung zu Lasten der Kommunen. Passend dazu war der Landkreistag als unser Interessenvertreter zum Gipfel erst gar nicht eingeladen.

Wir haben also echte soziale Probleme.

Felix Thier: Das Geld ist da, es ist nur falsch verteilt. Wenn über Nacht Milliarden zur Rettung von Banken und 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr bereitstehen, werden aus meiner Sicht nur die Prioritäten falsch gesetzt. Der Wohnungsbau stockt, Sozialwohnungen fehlen. Und das Segment an Sozialwohnungen sinkt weiter: 13.000 berechtigten Haushalten stehen gerade einmal zehn Prozent an verfügbaren Sozialwohnungen gegenüber. Mobilität ist in Brandenburg dank der seit 30 Jahren SPD-geführten

Landesregierung immer noch eine freiwillige Leistung, keine pflichtige. Das heißt, es gibt durch die kommunale Ebene nur ÖPNV, wenn die Kassenlage stimmt. Immer mehr Menschen sind pflegebedürftig. Ja, stationäre Pflege wird vom Land bezuschusst. Das Problem ist aber, dass es in Teltow-Fläming kaum stationäre Pflegeeinrichtungen gibt. Vorherrschend ist die ambulante Pflege, die meisten Pflegebedürftigen werden zu Hause betreut. Allerdings wird die ambulante Pflege zu 100 Prozent vom Landkreis

finanziert, das Land gibt nichts dazu. Die Geflüchteten aus der Ukraine bekommen ihre Abschlüsse nicht anerkannt, der so genannte Job-Motor der Bundesregierung ist gescheitert. Wiederum fehlen Kitaplätze, weil es nicht genug Personal gibt.

Wie geht es nun weiter mit dem Haushalt?

Kornelia Wehlan: Der Kämmerer wird dazu im Kreistag am 16. September den Mittelabfluss zum 30.06.2024 und die Prognose bis

zum Ende des Jahres darlegen. Der Haushalts- und Finanzausschuss befasst sich bereits am 9. September mit diesem Thema. Ich denke aber, allen ist klar, dass man ein strukturelles Defizit nicht so einfach wegbeschließen kann. Für die Verwaltung ist wichtig, dass wir zum 1. Januar 2025 einen beschlossenen Haushalt haben. Daran arbeiten alle Fachämter auf Hochtouren. Die haushaltslose Zeit, die bis zum Ende des Jahres anhalten wird, verlangt gegenwärtig von allen Beschäftigten und Führungskräften viel ab.

Jüterbog

Konstituierung der SVV Jüterbog

Die erste Sitzung der neu gewählten Stadtverordneten war für mich aufregend und spannend zugleich. Für mich ist es die erste Wahlperiode als Stadtverordneter.

Die Sitzung wurde durch Maritta Böttcher als »Alterspräsidentin« eröffnet. Sie beglückwünschte alle Stadtverordneten und betonte, wie wichtig es sei, miteinander statt gegeneinander zu arbeiten, um das Leben in unserer Stadt voranzubringen. Maritta Böttcher bedankte sich bei allen Kandidierenden für den fairen Wahlkampf und erinnerte an die Rede des ehemaligen Bundespräsidenten Johannes Rau, der die Kommunen als den Ernstfall

der Demokratie bezeichnete, als er über die Chancen und zugleich über die Herausforderungen der Kommunen zum 50. Jahrestag des Grundgesetzes sprach.

In der Stadt, dem Landkreis, der Gemeinde, in Kirchen und Vereinen werde die Entscheidung für oder gegen das Miteinander unmittelbar getroffen. Das Grundgesetz müsse in der Kommune, also auch hier bei uns in Jüterbog konkret werden. Lagerdenken passe hier nicht her. Maritta Böttcher wünschte sich für die kommenden fünf Jahre eine gute und sachliche Zusammenarbeit. Dann kam sie zu dem wohl wichtigsten Tagesordnungspunkt. Die

v.l.n.r. Maritta Böttcher,
Fraktionsvorsitzende,
Max Zauber,
Ulrike Anders (1. Nachrückerin)



Wahl des Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung. Hier gab es nur einen Vorschlag aus der SPD-Fraktion. Erik Stohn wollte sich dem Amt stellen. Da es keine weiteren Vorschläge gab, war ich mir nicht ganz sicher, ob er auch wirklich gewählt werden würde. Tatsächlich schaffte er die einfache Mehrheit. Unserem Bürgermeister schien dies offensichtlich so gar nicht zu gefallen. Als nächstes wurden die Mitglieder der Ausschüsse

bestimmt. Hier war es uns besonders wichtig, dass alle Fraktionen auch einen Sitz in jedem Ausschuss bekommen. Die Satzung musste hierzu nicht geändert werden. Auch wenn die große Arbeit noch ausgeblieben ist, muss man sich doch erst mit den Gepflogenheiten vertraut machen. Ich freue mich auf die sehr spannende Arbeit.

Max Zauber,
Stadtverordneter in Jüterbog

Blankenfelde-Mahlow

Wer hat uns verraten ...?

Auch bei uns in Blankenfelde-Mahlow haben wir Linke bei der Wahl zur Gemeindevertretung (GV) Einbußen einstecken müssen. Wir sind jetzt nur noch zu zweit in der GV, Mathias Koepke und ich, aber trotzdem hoch motiviert. Deshalb haben wir auch den Angeboten der anderen Gewählten zur Vorabstimmung in Vorbereitung auf die konstituierende Sitzung der GV zugestimmt. Über eine Stunde ging mein Gespräch mit den SPD-Vorsitzenden und auch alle Fraktionsvorsitzenden (außer AfD) trafen sich gemeinsam zu einer vorbereitenden Runde. Grundtenor war – vor allem im Gespräch mit der SPD – bei der Wahl über die Größe der Ausschüsse so zu votieren, dass Alle beteiligt werden und die AfD so klein wie möglich gehalten werden kann.

Die konstituierende Sitzung der GV durfte ich dann als Alterspräsidentin eröffnen und bis zur Wahl des Vorsitzenden leiten. Bei dieser Gelegenheit habe ich dazu aufgerufen, kollegial und auf Augenhöhe und unter Beteiligung der Bevölkerung gemeinsam an der Gestaltung unserer Gemeinde zu arbeiten. Der Applaus war einhellig, aber dann kam es ganz anders ...

SPD agiert anders, als besprochen

Selbst die SPD schlug eine Größe für die Ausschüsse vor, die jeweils der AfD einen zusätzlichen Sitz sicherte und die Fraktionen Die Linke und Grünen so zwang, um einen Sitz zu lösen. Des Weiteren wurde durch die anderen mit ihrer Mehrheit ein zusätz-

licher Ausschuss beschlossen – und somit bekommt die AfD sogar zwei Ausschussvorsitzende! Das alles hat der »schwarze Block« aus AfD, CDU, Freie WG und BVB-Freie Wähler beschlossen – einschließlich der SPD! Damit war klar: es hat auch noch eine Abstimmung der anderen Fraktionen mit der AfD gegeben, von der wir nichts wussten.

Klein – aber nicht wehrlos!

Darauf haben wir natürlich sofort reagiert: Gleich nach der Sitzung haben wir mit den Grünen und dem Einzelvertreter der FDP eine Zählgemeinschaft verabredet. Daraus ergibt sich zumindest, dass der 2. Ausschussvorsitz nicht an die AfD, sondern an uns geht. Die »schwarze« Mehrheit in den Aus-

schüssen bleibt dann erst einmal bestehen, aber wir zeigen so, dass wir wehrhaft sind und bleiben. Über diese neue Zählgemeinschaft wird die GV zur nächsten Sitzung informiert, aber erst am letzten Tag der Frist für die Erstellung der Tagesordnung. Wir lassen uns nicht noch einmal vorführen! Zu dieser Reaktion wurden wir quasi genötigt. Schade, wir wollten wirklich gemeinsam mit Allen (außer der AfD) in der GV konstruktiv arbeiten und entscheiden. Natürlich werden wir mit allen Mitteln dafür sorgen, dass diese unheilige Allianz den Menschen in unserer Gemeinde nicht verborgen bleibt. Denn wie gesagt: Wer hat uns verraten ...? Ihr wisst, wie der Spruch weiter geht.

Angelika Tepper,
Fraktionsvorsitzende

Die Linke nach der Kommunalwahl

Am 9. Juni wurde ich mit 260 Stimmen in die Gemeindevertretung (GV) gewählt. Als Nachrückerin erhielt Genossin Sandra Kosin 151 Stimmen. In der Folge gründete ich zusammen mit den beiden SPD-Vertretern Petra Brückner und Helmut Barthel sowie den beiden Grünen-Vertretern Claudia Rottenbiller-Blume und Daniel Krause die Fraktion SPD/Grüne/Linke. Fraktionsvorsitzende ist Claudia Rottenbiller-Blume. Ich wurde zum Stellvertreter gewählt. In einer Mitteilung der Fraktion heißt es, dass wir »für eine am Gemeinwohl orientierte konstruktive Zusammenarbeit mit allen gewählten Mitgliedern der Gemeindevertretung zum Wohle der Gemeinde [stehen]. Das ist auch die Erwartung an die Zu-

sammenarbeit mit der Verwaltung. Das Bestreben [...] für die [...] fünf Jahre ist eine auf Nachhaltigkeit (wirtschaftlich, ökologisch und sozial) gerichtete Gemeindepolitik, die den Ort zukunftsfähig und resilient gegenüber Krisen macht«.

Die GV konstituierte sich am 4. Juli. Neben dem nach einer Kommunalwahl notwendigen Prozedere, der Präsidiumswahl (Daniel Krause wurde GV-Vorsitzender), der Besetzung von Ausschüssen und Beiräten, sowie der Benennung sachkundiger Einwohner*innen, musste eine lange Liste an Tagesordnungspunkten bearbeitet werden.

In der Einwohnerfragestunde kam die Elterninitiative der Kita »Löwenzahn« zu Wort, die ihre Sorgen und

Fragen zur Kündigung des DRK und der laufenden Ausschreibung für einen neuen Träger äußerten. Da die Einwohnerfragestunde auf 30 Minuten begrenzt ist und es auch andere Einwohnerfragen gab, konnten längst nicht alle Fragen gestellt und erst recht nicht beantwortet werden. Daher übergaben sie einen Fragenkatalog zum Stand der Dinge und über den zeitlichen Ablauf – schließlich wurde die Kündigung bereits im Sommer 2023 abgegeben. Die Fragen wurden inzwischen mit Rücksicht auf die aktuelle Ausschreibung und den damit verbundenen Einschränkungen weitestgehend beantwortet.

Die Kita bietet mit ihren 34 Mitarbeitenden über 200 Kindern Platz und

die Vertreter*innen der Fraktionen CDU, SPD/Grüne/Linke, WfG und Freies Bündnis sind sich einig, dass es wichtig ist, am Thema dranzubleiben und alles dafür zu tun, damit die Kinder am 1. Januar 2025 nicht ohne Betreuungsplatz sind.

Abschließend gilt unser Dank unserer Genossin, der langjährigen Gemeindevertreterin Irene Pacholik, die zur Wahl nicht mehr angetreten war.

Robert Kosin
Gemeindevertreter

Sandra Kosin
*Sachkundige Einwohnerin
im Ausschuss für Kultur,
Sport und Vereine*

Unsere neue Fraktion in Luckenwalde formiert sich – Fraktionsklausur 2024

Die neue Luckenwalder Stadtverordnetenversammlung ist in ihrer Zusammensetzung vielfältiger denn je. Umso erfreulicher ist es, dass wir mit Andreas Krüger (Bauernverband), Dr. Anja Jürgen (LÖS) und Marie-Luise Goedicke (Die PARTEI-PDS) drei weitere Stadtverordnete für eine gemeinsame Zusammenarbeit gewinnen konnten. Wir kommen nun auf eine Fraktionsstärke von sieben Sitzen. Entsprechend der Stimmenanteile bei der Kommunalwahl trägt unsere neue Fraktion nun den Namen: Die Linke/BV/LÖS/Die PARTEI-PDS. Ein langer Titel, zugegeben, der aber auch für viel Inhalt, Charakter und ambitionierte Ziele steht. So haben wir uns Mitte Juli zur traditionellen Sommerklausur zusammengefunden, um unsere Agenda für 2024 und darüber hinaus abzustecken.

Darin spielten die folgenden Punkte eine tragende Rolle:

Turmfest: Wir streben über einen entsprechenden Beschlussantrag eine Neuausrichtung und Attraktivitätssteigerung an, die allen zugute-

kommt; den Besucherinnen und Besuchern, ortsansässigen Gewerbetreibenden und Vereinen. Wir müssen unter anderem von einem Turmfest-Wochenende abkommen, dass mit einem anderen überregionalen Volksfest ständig in Terminkonflikt gerät. Wo als Folge Publikum ausbleibt und somit natürlich auch Einnahmequellen für die Stadt.

Schulstandort Jahn / Kommunale Kita: Luckenwalde wächst und somit auch der Bedarf an sozialer Infrastruktur. Wir setzen uns dafür ein, dass der Schulstandort Friedrich-Ludwig-Jahn-Straße einen

An- bzw. Erweiterungsbau bekommt und bereiten dazu eine Anfrage an die Stadt vor. Gleiches gilt für den »Kleinkindbereich« (Kita). Dass wir eine kommunale Kita als Stützpfeiler der öffentlichen Daseinsvorsorge betrachten, ist kein Geheimnis – wir werden uns alle Kita-Ausgaben von der Stadt einfordern, um daraus unsere Schlüsse für eine Rekommunalisierung zu ziehen.

Umweltschutz / Verkehr: Städte werden in erster Linie für Menschen gebaut und nicht für Autos. In diesem Sinne wollen wir Mobilität und Städtebau zusammendenken.

Ja, wir zeigen uns offen für Zugang, aber ohne massive Versiegelung und Schottergärten. Ja, wir unterstützen mehrheitlich Radwege, um schneller und vor allem sicher von A nach B zu kommen, zum Beispiel aus der Bergsiedlung Richtung Waldfriedhof. Ja, wir wollen genug Parkmöglichkeiten für eine attraktive Innenstadt, aber warum nicht auch als »Shared Space«?!

Handlungsstarke Stadtverwaltung: Wir werfen für 2025 einen Blick auf deren Ausgaben; wollen konsolidieren, ohne die Handlungsfähigkeit der Verwaltung aufs Spiel zu setzen. Die Vergabe von Leistungen an externe Dienstleister etc. werden wir auf den Prüfstand stellen.

Martin Zeiler,
Mitglied der Fraktion

Die Mitglieder der Fraktion Die Linke/BV/LÖS/Die PARTEI-PDS: Jochen Neumann, Andreas Krüger, Monika Nestler, Felix Thier, Marie-Luise Goedicke, Martin Zeiler und Dr. Anja Jürgen (v. l. n. r.)



Impressum

Herausgeber: Die Linke Kreisverband Teltow-Fläming · V.i.S.d.P.: Felix Thier · Redaktion: Felix Thier · Redaktionsschluss: 13. August 2024
Layout und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation · Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 Prozent Recycling · Auflage: 2.000
August 2024, Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen.